

-41-

Kassel, 9. September 2011  
 Frau Rhiemeier  
 Tel. 1252

An

- 16 -

über

-|-

1879  
 f.

**Haus der Musik**  
**Ausschuss für Kultur am 1. September 2011**  
**Vorlage Nr. 101.17.149**  
**Anfrage der CDU-Fraktion**

Im letzten Jahr sind einige Personen, u.a. Frau Prof. Scheuch-Vötterle mit der Idee zu einem „Haus der Musik“ an den Magistrat herangetreten. Der Renthof war einst Hofschule des Landgrafen Moritz und prominentester Schüler war der Komponist Heinrich Schütz. Hierauf fußend wurde vorgeschlagen, Kasseler Musikinstitutionen wie die Musikschule, die Musikakademie und das Spohrmuseum räumlich im Renthof zusammenzufassen.

Für die Musikschule wurde bereits eine Raumlösung gefunden. Da der Haupt- und Realschulzweig an der Friedrich Wöhler-Schule ausläuft, wird ein Gebäudeflügel frei, der ab 2011 sukzessive von der Musikschule genutzt werden kann.

Die Musikakademie hat zwischenzeitlich ein Raumkonzept mit einem Flächenbedarf von ca. 2.500 m<sup>2</sup> vorgelegt. Gegenwärtig stehen der Akademie 1733 qm zur Verfügung. Im Renthof stehen inklusive des Kellergeschosses nach unserem Kenntnisstand 2.151 qm zur Verfügung.

Die GWG hat das Architekturbüro Pitz aus Berlin gebeten, eine Realisierung des Raumkonzeptes im Renthof zu prüfen. Das Ergebnis liegt dem Magistrat noch nicht vor.

Für weitere Schritte, insbesondere die Konkretisierung der Nutzungskonzepte und die Kostenschätzung ist eine bauhistorische Bestandsaufnahme erforderlich. Da das Gebäudeinnere fast vollständig verkleidet ist, ist eine bauhistorische Bestandsaufnahme erst nach Entfernung der Verkleidungen möglich. Eine Realisierung der Bestandsaufnahme im bewohnten Zustand hält die GWG für ausgeschlossen.

Nach Auskunft der GWG wird die Wahl des Konzeptes nur unwesentlichen Einfluss auf die Baukosten haben.

Grundsätzlich hält der Magistrat die Idee, im Renthof ein „Haus der Musik“ einzurichten, inhaltlich für attraktiv und sieht darin eine dem historischen Gebäude angemessene Nutzung. Zu beantworten bleibt die Frage, wie nicht nur die Investition, sondern vor allem auch der Betrieb dauerhaft finanziert werden kann, da das Projekt vom Regierungspräsidium sicher als Ausweitung der freiwilligen Leistungen eingestuft wird.

  
 Dorothee Rhiemeier